



NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim am

27. September 2011

im **Feuerwehrhaus** in Neckarbischofsheim

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 22.17 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender: Bürgermeister Hans-Joachim **Vogt**

Stadträte: Karin **Bender**, Norbert **Benz** (zu TOP 02), Edith **Bräumer**, Walter **Freudenberger**, Peter **Haffelder**, Hans Peter **Jelinek**, Thomas **Mayer**, Gerold **Rossel**, Hans **Rossel**, Erhard **Rupprecht**, Steffen **Scherb**, Georg **Zwölfer**

Verwaltung: Hack, Böhm

Es fehlten als entschuldigt: Heike **Jacobs**, Rüdiger **Knapp**

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung durch Ladung vom 19. September 2011 ordnungsgemäß eingeladen worden ist. Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil sind am 23. September 2011 im Nachrichtenblatt bekannt gegeben worden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Bürgermeister Vogt den Gemeinderat darum, den TOP 07 – Vorstellung des Gestaltungsvorschlags zum Aktivitätengarten bei der Grundschule – vorzuziehen, sobald der Landschaftsarchitekt Michael Hink der Sitzung beiwohnt. Der Gemeinderat stimmt der Vorgehensweise einstimmig zu.

01. Zustimmung zur Sitzungsniederschrift vom 19. Juli 2011

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Sitzungsniederschrift vom 19. Juli 2011 zu.

Abstimmung: 12 Ja

02. Feststellung des Rechnungsergebnis für das Haushaltsjahr 2010

Bürgermeister Vogt bringt dem Gemeinderat in Erinnerung, dass schon in der Haushaltsplanung im Verwaltungshaushalt (VwHH) ein Defizit in Höhe von knapp 500.000,00 € eingeplant. Mit dem Zwischenbericht im Juli 2010 hat die Verwaltung zudem berichtet, dass die Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von 240.000,00 € eingebrochen ist und die Kreisumlage mit 250.000,00 € zu niedrig veranschlagt war, so dass sich ein rechnerischer Fehlbetrag von nahezu 1. Mio Euro ergeben hätte. Diese Aussagen der Verwaltung haben sich bei der Zusammenstellung des Rechnungsergebnisses zum Glück nicht bestätigt. Zwar ist der geplante Fehlbetrag im VwHH von 497.000,00 € auf 630.000,00 € angestiegen, durch die Verbesserung der Einnahmen und vermehrte Einsparungen konnten die schlimmsten Befürchtungen abgewendet werden. Im Vermögenshaushalt (VmHH) haben der Stadt Neckarbischofsheim durch die erhöhte Zuführung zum VwHH in Höhe von 132.000,00 €, der geringeren Rücklagenentnahme von 58.000,00 € nochmals rechnerisch knapp 200.000,00 € gefehlt.

Nachdem der städtische Haushalt mit über 9 Mio. Euro immer irgendwelche Verschiebungen aufweist, konnten diese im Jahr 2010 zum positiven gewendet werden, was die Einnahmen und Ausgaben betrifft, so dass sich der Fehlbetrag in der Jahresrechnung 2010 letztendlich auf nur noch 63.775,84 € beläuft. Sowohl in der Vorlage, als auch im Rechenschaftsbericht hat der Stadtkämmerer die Zahlen und Bilanzen detailliert erläutert.

So erfreulich das Ergebnis sein mag, die finanziellen Probleme der Stadt Neckarbischofsheim sind dadurch nicht gelöst, da sich nichts Nachhaltiges verändert hat. Es ist jedoch entspannend, dass sich die finanziellen Probleme nicht noch einmal verstärkt haben. Der Fehlbetrag muss nunmehr in den nächsten Jahren abgedeckt werden.

Der Umfang des VmHH ist deutlich höher als geplant, was wiederum daran liegt, dass einige Maßnahmen über das Landessanierungsprogramm (LSP) „Von-Hindenburg-Straße“ abgerechnet, aber zuvor im Haushalt nicht dargestellt wurden. Auch die restlichen Investitionen, wie beispielsweise der 1. und 2. Bauabschnitt in der Oberen Turmstraße und der Park- und Ride-Platz zum Anschluss an den S-Bahn-Halt am Bahnhof Neckarbischofsheim-Nord konnten unter dem geplanten Kostenrahmen abgerechnet werden. Allerdings bedeuten Einsparungen bei den Ausgaben auch weniger Zuschüsse, da diese sich anteilig der Ausgaben berechnen. Die ausgewiesenen Mindereinnahmen, die bei den Zuschüssen dargestellt wurden sind darauf zurückzuführen, dass erst bei der Endabrechnung die restlichen zehn Prozent ausbezahlt werden. Kurz vor den diesjährigen Sommerferien hat das Bauamt der Stadt Neckarbischofsheim alle Maßnahmen beim Ausgleichstock zur Zuschussabwicklung beantragt, so dass diese Beträge noch im Haushaltsjahr 2011 eingehen werden.

Stadträtin Karin Bender bittet um Auskunft, ob die Abrechnung über die abgeschlossenen Maßnahmen dem Gemeinderat vorgelegt werden.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass wenn die Zuschüsse alle komplett abgerechnet wurden, die Maßnahmen in den nächsten Sitzungen des Gemeinderats vorgestellt werden. Im Moment muss noch der „gordische Knoten“ bei der Abrechnung der Maßnahmen im Schlosspark von der Verwaltung gelöst werden, da hier auch Zuschüsse aus dem LSP hineingeflossen sind, so dass eine übersichtliche Darstellung erfolgen kann.

Stadtrat Hans Peter Jelinek findet allgemeine Worte zum Rechnungsabschluss, wobei auch dieses die finanziellen Probleme der Stadt Neckarbischofsheim im allgemeinen nicht lösen kann.

Das vorliegende Zahlenwerk ist lediglich ein Vollzugsbericht über das zurückliegende Haushaltsjahr, wobei man guten Gewissens feststellen kann, dass die Verwaltung Haushaltskonform gewirtschaftet hat und solide mit dem kommunalen Geld umgegangen ist. Erfreulich ist dabei, dass das Defizit geringer ausgefallen ist, als dies noch vor einem Jahr von der Verwaltung prognostiziert wurde. Im Gesamten kann der Gemeinderat mit dem Rechnungsergebnis 2010 zufrieden sein.

Stadtrat Hans Rossel möchte für die CDU/UW-Fraktion nicht inhaltlich auf das Rechnungsergebnis 2010 eingehen, schließlich ist die Stadt Neckarbischofsheim, wie es der Stadtkämmerer in seinem Bericht erwähnt hat „mit einer kleinen Delle davongekommen“. Neben den bisher bekannten Mehrausgaben für die Kreisumlage, sind aber noch einige über- und außerplanmäßige Ausgaben entstanden, auf die er näher eingeht. So fielen ihm beim Studium der Erläuterungen die erhöhten Heizkosten im Schulzentrum auf. Rund 49.300,00 € wurden hier für die beiden Schulen und Sportgebäude mehr ausgegeben, als im Plan veranschlagt war. Im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2009 waren dies 37.900,00 € mehr an Energiekosten. Wie kann so etwas sein und was ist im letzten Jahr schief gelaufen fragt er sich. Auch bei der Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen im Adolf-Schmitthenner-Gymnasium mussten 28.300,00 € Mehrausgaben getätigt werden. Die Mensa im Schulzentrum verursachte ebenfalls Mehrkosten von 91.000,00 € und der ungedeckte Aufwand für das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium beträgt zusätzlich noch einmal 93.500,00 €. Nicht aufgeführt im Detail sind die Mittel, die für Zins und Tilgung der Darlehen, die zur Sanierung des ASG aufgenommen werden mussten, zu zahlen waren. Mit diesem Geld hätten in Neckarbischofsheim dringende andere Maßnahmen, bspw. Straßensanierungen durchgeführt werden können. Seiner Meinung nach ist deshalb die dringlichste Aufgabe, wie heute noch unter TOP 5 beraten wird, die Schulträgerschaft des Adolf-Schmitthenner-Gymnasiums so schnell als möglich an einen anderen Schulträger abzugeben. Auch im Vermögenshaushalt wäre es Wert, näher auf die Ausgaben einzugehen, was er aber unterlässt. Mit seinen Bemerkungen zum Zahlenwerk geht es Stadtrat Hans Rossel viel mehr darum, künftig von der Verwaltung früher unterrichtet zu werden, wenn Planansätze über das Maß hinaus überschritten werden. Er wünscht sich von der Verwaltung, insbesondere der Verwaltungsspitze, dass der Gemeinderat bei Überschreitungen frühzeitig informiert wird, um über die Mehrausgaben auch entscheiden zu können, so wie es die Gemeindeordnung vorsieht. Er ist nicht mehr bereit, jedes Rechnungsergebnis, auch wenn dieses besser ausfällt als gedacht, abzunicken und keine Möglichkeit hat, über die Finanzen der Stadt Neckarbischofsheim zu entscheiden, wie es das gesamte Gremium eigentlich tun sollte. Im Namen der Mitglieder der CDU/U-Fraktion bedankt er sich für die Ausarbeitung des Rechenschaftsberichts und der Anlagen beim Stadtkämmerer, der mit seinen Ausführungen mehr Transparenz in das Zahlenwerk gebracht hat.

Bürgermeister Vogt bittet nach den Ausführungen von Stadtrat Hans Rossel, die Heizung im Schulzentrum nicht immer schlecht zu reden. Tatsächlich wurden im Haushaltsjahr 60.000,00 € für den Ankauf von Heizöl ausgegeben, allerdings nur für 30.000,00 € verbraucht, so dass die Hälfte noch für das Jahr 2011 zum Verbrauch zur Verfügung steht. Nach den Zahlen des Erläuterungsberichts sieht es so aus, dass die Heizung im Vergleich zu den Vorjahren nicht teurer war. Zu beachten ist außerdem, dass seit der Errichtung der Holzhackschnitzelfeuerung der Heizölpreis exorbitant angestiegen ist, wobei der Liter Heizöl derzeit 0,80 € (zu Beginn der neuen Heizzentrale 0,40 €/Liter) kostet.

Was die Überschreitungen im VwHH betrifft sind diese schon in den Vorjahren aufgetreten. Im vergangenen Haushaltsjahr musste am Schulzentrum ein Wasserrohrbruch repariert werden, weshalb es zu größeren Überschreitungen gekommen ist. Im Übrigen verweist Bürgermeister Vogt darauf, dass wenn permanent die Haushaltsansätze verringert werden, um den Haushalt ausgleichen zu können, es zwangsläufig zu Überschreitungen in der Jahresrechnung kommt.

Zu den Kreditzinsen für das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium stellt Bürgermeister Vogt fest, dass diese 40 Prozent der Gesamtverschuldung der Stadt Neckarbischofsheim betragen.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stellt gemäß § 95b Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg das Rechnungsergebnis 2010 wie folgt fest:

1. Verwaltungshaushalt		Ergebnis		
Es betragen				
die Einnahmen		7.640.500,01 €		
die Ausgaben		7.640.500,01 €		
davon: Zuführung vom VmHH		629.698,54 €		
2. Vermögenshaushalt				
Es betragen				
die Einnahmen		1.631.815,52 €		
die Ausgaben		1.631.815,52 €		
davon: Entnahme aus der Rücklage		505.104,36 €		
davon: Fehlbetrag		63.775,84 €		
3. Allgemeine Rücklage				
Stand per 31.12.2009		505.104,36 €		
Entnahme aus der Rücklage 2010		505.104,36 €		
Stand per 31.12.2010		0,00 €		
4. Kreditmarktschulden				
Stand per 31.12.2009		4.105.952,98 €		
Kreditaufnahme 2010		400.000,00 €		
Tilgungen 2010		68.250,52 €		
Stand per 31.12.2010		4.437.702,46 €		
5. Bilanz				
	Anfangsstand	Zugang	Abgang	Endstand
SUMME BILANZ -PASSIV-	28.404.457,21 €	1.928.545,02 €	3.703.183,75 €	26.719.217,81 €
SUMME BILANZ -AKTIV-	28.404.457,21 €	2.602.287,99 €	3.254.878,38 €	26.719.217,81 €

Abstimmung: 13 Ja

03. Zwischenbericht zum Verlauf des Haushaltsjahr 2011

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass der Stadtkämmerer Harry Hack in seinem Zwischenbericht zum Ende des Monats August 2011 die derzeitigen Zahlen dargestellt hat. Für Bürgermeister Vogt ist es wichtig festzustellen, dass die Ausgaben deutlich geringer bewirtschaftet wurden als dies im Planansatz vorgesehen war. Außerdem konnten bereits Mehreinnahmen im ersten Halbjahr 2011 erzielt werden. Große Sorgen machen ihm jedoch die geringeren Gewerbesteuererinnahmen von derzeit 170.000,00 €, die sicherlich bis zum Ende des Jahres nicht mehr aufgefangen werden können. Im Vermögenshaushalt liegt die Stadt Neckarbischofsheim mit den Finanzen ebenfalls im Plan.

Das Fazit zur Jahreshälfte lautet: Einnahmen besser – Ausgaben sparsamer.

Beim Ausgleichstock wurden des Weiteren die Anträge für die anstehenden Baumaßnahmen 2011 gestellt, die in der Sondersitzung des Gremiums so bewilligt wurden, wie sie die Stadt Neckarbischofsheim beantragt hat. Dabei wurde anerkannt, dass eine Erhöhung der Grundsteuer vorgenommen wurde, was sich positiv auf die Finanzsituation der Stadt ausgewirkt hat. Dadurch wurde es der Stadt leicht gemacht, die Zuschüsse so bewilligt zu bekommen. Die veranschlagten 70 Prozent wurden dabei nicht gewährt, dennoch wurde der volle Prozentsatz bei der Bezuschussung gewährt.

Stadtrat Walter Freudenberger fragt nach, wie hoch die Kosten für die Neubeschaffung des Fahrzeuges für den städtischen Bauhofes für den verkauften Unimog waren.

Zentralstellenleiter Harry Hack stellt fest, dass dies 2.018,03 € waren.

Stadtrat Peter Haffelder bittet um Auskunft, ob der Ausgleichstock bereits auf die finanzielle Lage der Stadt Neckarbischofsheim wegen des Adolf-Schmitthener-Gymnasiums reagiert hat.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass die finanzielle Schieflage der Stadt wegen des Gymnasiums in die Beurteilung zur Zuschussbewilligung mit eingeflossen ist.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

04. Treuhandkonto zur Erschließung der Baugebiete „Bitzweg“ und „Eichertstal“ hier: Zustimmung zur Verlängerung des Kassenkredits

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus dass er sich mit dem Kommunalrechtsamt beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis darüber verständigt hat, den Kassenkredit nicht in einen längerfristigen Kredit umzuwandeln. Dies hätte bedeutet, dass man den Kredit in den städtischen Haushalt übernimmt, wobei sich die Tilgung und die Zinsbelastung, derzeit zwischen 4 und 5 Prozent, auf die Dauer von 25 bis 30 Jahren erstreckt hätte. Nachdem Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm engagiert an die Bauplatzverkäufe herangegangen ist, 16 Bauplätze wurden mittlerweile veräußert, wurde mit dem Kommunalrechtsamt abgestimmt, den Kassenkredit auf dem Treuhandkonto auf die Dauer von zwei Jahren zu verlängern und die Finanzierung der Erschließungsmaßnahme weiterhin außerhalb des Haushalts vorzunehmen. Bürgermeister Vogt ist zuversichtlich, durch weitere Grundstücksverkäufe den Kassenkredit abtragen zu können. In den nächsten zwei Jahren ist dieser dann vielleicht abbezahlt oder zumindest so reduziert, dass der Kredit in den Haushalt überführt werden kann. Im Übrigen verringert sich die Zinsbelastung des Kassenkredits von bisher 4 Prozent auf 2,35 Prozent. Das Kommunalrechtsamt hat der Stadt Neckarbischofsheim bereits in Aussicht gestellt, wegen der guten Bauplatzverkäufe, die Genehmigung zur Verlängerung des Kassenkredits zu erteilen.

Stadtrat Georg Zwölfer findet die Vorgehensweise der Verwaltung richtig und bittet um Auskunft, wie viele Bauplätze im Jahr 2011 verkauft wurden.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm teilt mit, dass inzwischen vier Grundstücke im Wert von zirka 300.000,00 € verkauft werden konnten. Auch für die nächsten Jahre erwartet er einen Schnitt von vier Bauplatzverkäufen, so dass der Kassenkredit in zwei Jahren abbezahlt sein wird.

Bürgermeister Vogt bemerkt, dass nachdem die „Rosinen“ aus den zur Verfügung stehenden Bauplätzen bereits herausgepickt sind, es schwerer sein wird, weitere Bauplätze im „Eichertstal“ zu verkaufen. Allerdings haben die restlichen Grundstücke auch keine schlechte Lage, so dass er zuversichtlich ist, dass die Stadt Neckarbischofsheim weiterhin Baugrundstücke veräußern wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Verlängerung des Kassenkredits auf dem Treuhandkonto zur Erschließung der Baugebiete „Bitzweg“ und „Eichertstal“ bei der Volksbank Neckartal eG bis zum 30.11.2013 zu. Die Sollzinsen betragen 2,35 Prozent.

Abstimmung: 13 Ja

05. Adolf-Schmitthenner-Gymnasium Neckarbischofsheim hier: Weitere Vorgehensweise zur Schulträgerschaft

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass er kein großer Prophet sein musste um die Antwort zu wissen, dass sich die Gemeinden, die Schüler an das Adolf-Schmitthenner-Gymnasium entsenden, freiwillig zu einem Schulzweckverband zusammenschließen werden. Auf das Schreiben der Stadt Neckarbischofsheim vom 15. Juni 2011 haben alle beteiligten Kommunen den freiwilligen Zweckverband schriftlich abgelehnt.

Bereits bei der Klausurtagung des Gemeinderats am 5. März 2011 hat Bürgermeister Vogt dem Gemeinderat zwei Optionen vorgetragen, die die Stadt Neckarbischofsheim hat, um beim Kultusministerium vorstellig zu werden: Den Antrag auf Feststellung des dringenden öffentlichen Bedürfnisses und den Antrag auf wesentliche überörtliche Bedeutung.

Aus dem Gespräch mit der Kultusministerin konnte Bürgermeister Vogt mitnehmen, dass dies wenig Lust verspürt, einen Zwangszweckverband einzurichten. Vielmehr sieht das Kultusministerium die Möglichkeit, den Rhein-Neckar-Kreis mit in die Schulträgerschaft einzubinden.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass er das Antragsverfahren nicht ohne einen Beschluss des Gemeinderats weiter betreiben möchte, weshalb er die Mitglieder des Gemeinderats darum bittet, dem weiteren Verfahren zuzustimmen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek stellt fest, dass die Stadt Neckarbischofsheim im Interesse der städtischen Finanzen und im Interesse der Stadt keine andere Wahl hat, als das Verfahren weiter zu betreiben.

Stadtrat Hans Rossel führt aus, dass nach dem 1. Schritt nun automatisch der 2. und 3. Schritt folgen muss, weshalb er ebenfalls dem Antragsverfahren zustimmt.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Stadt Neckarbischofsheim nicht die kleinste Kommune in Baden-Württemberg ist, die ein Gymnasium betreibt. Dies ist die Gemeinde Schönau im Wiesental (Südschwarzwald). Das Verbandsgymnasium hat allerdings weniger Schüler als das Neckarbischofsheim ASG. Er findet es bezeichnend, dass im ländlich strukturierten Raum Gymnasien eher vom Landkreis getragen werden, als dies in städtischen Bereichen der Fall ist. So findet man auch angrenzend an den Stadtkreis Freiburg zahlreiche Gymnasien, die vom Landkreis getragen werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt dem Antrag der Stadt Neckarbischofsheim an das Kultusministerium Baden-Württemberg zu, dass für das Adolf-Schmittthener-Gymnasium das dringende öffentliche Bedürfnis und die wesentliche überörtliche Bedeutung festgestellt wird, um einen Zweckverband gründen zu können.

Abstimmung: 13 Ja

07. Schulzentrum Neckarbischofsheim

hier: Vorstellung des Gestaltungsvorschlags zum Aktivitätengarten bei der Grundschule

Bürgermeister Vogt begrüßt zu diesem TOP Herrn Michael Hink, Landschaftsarchitekt aus Schwaigern, recht herzlich und stellt fest, dass das Architekturbüro im Juni mit der Gestaltungsplanung, die dem ganzen Schulzentrum zugute kommt, beauftragt wurde.

Herr Michael Hink stellt kurz sein Büro vor, das in Schwaigern beheimatet ist und vier feste und zwei Mitarbeiter beschäftigt. Das Büro bearbeitet unterschiedliche Maßnahmen, so hat das Büro Hink auch bei der Planung zur Landesgartenschau in Bad Rappenau oder bei der Oberflächengestaltung der Stadtbahn in Heilbronn mitgewirkt. Zur Zeit bearbeitet Herr Hink eine Schulhofgestaltung an einer Grundschule bei Frankfurt. Neben der Planung ist sein Büro auch gerne in der Beratung und als Sachverständiger tätig.

Mit einem Bild von Max Liebermann, in welchem Kinder auf einer grünen Wiese mit Bäumen spielen, stellt Herr Hink seine Planung um aktiven Schulhof vor. Er führt aus, dass die Budgetvoraussetzung mit 20.000,00 € sehr gering bemessen ist. Seine nun folgenden Ideen sollen pflegeleichte Ergänzungsmodul für die bisherige Schulhofgestaltung sein. Die Ziele der Planung beinhalten Ideen zu Flächen und Raumgestaltung, Geräte- und Pflanzenauswahl und eine Kostenschätzung.

Mit einer Heckenpflanzung sollen die Raumgrenzen neu gesetzt werden, die sich über ein Sechseck ausbilden und nach hinten zur bisherigen Grundschule wegkippen. Somit entsteht kein Ende des Raumes, wobei die Aufsichtspersonen die Kinder noch im Griff haben. Der Schulhof vergrößert sich um diese Fläche, die bisher nicht nutzbar war.

Die Grundausrichtung des Pausenhofes wird erhalten, wobei die Diagonalverbindung als Gestaltungsprinzip der Schule aufgenommen und weiterentwickelt wird. Die vorhandenen Barrieren werden reduziert bzw. entfernt. So kann das Gelände intensiver mit Lauf- und Rundwegen vernetzt werden. Dem Schulhofgelände wird des Weiteren eine thematische Ordnung gegeben, in der Aufenthaltsbereiche klarer definiert sind, so z. B. Klettern, Tischtennis, Bühne mit kleiner Sitzfläche, Rasenhügel, Klettergerüst, Wäldchen, Stangenwald.

Der aktive Schulhof wird in einen kleineren Bereich vor dem Lehrerzimmer und einem Hauptteil in Richtung ehemalige Grundschule mit Spiel- und Aktionswiese eingeteilt. Mit der Modellierung des Geländes wird eine schöne Raumstruktur geschaffen, die derzeit etwas leblos daherkommt. Mit der Zusammenstellung von Spielgeräten, die später auf dem Schulhof angebracht werden, kann die Eigeninitiative der Schüler gefördert werden.

Der Grundumfang der Kostenschätzung mit Baumfällung, Abbruch und Belag von Kanten, Rodung von Wiesenflächen, Erdmodellierung von Hügeln, Anlegung von Holzhackschnitzelpfaden, Pflanzung von Deckensträuchern und Abstandsgrün beträgt zirka 18.000,00 €. Hinzu kommen Kosten für die Erstausrüstung wie Sitzfelsen, Bühne, Holzstele, Große Kiesel, Balancierhölzer und Balancierseil von zirka 5.590,00 €. Weitere Module wie eine kleine Kletteranlage, ein Stangenwald oder eine Nestschaukel würden zirka 12.000,00 € an Mitteln erfordern. Diese Module sind optional, müssen somit nicht im ersten Schritt in den aktiven Schulhof eingebracht werden.

In seiner Planung ging es Architekt Michael Hink vor allem darum, das freie Spiel der Schülerinnen und Schüler zu fördern, da die o.a. Spielgeräte in letzter Zeit sehr teuer geworden sind.

Bürgermeister Vogt bedankt sich bei Herrn Hink für die Ausführungen zur Gestaltungsplanung und bittet die Mitglieder des Gemeinderats um ihre Stellungnahmen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek führt aus, dass ihm die Präsentation sehr gut gefallen hat, da es sich hier um ein stimmiges Konzept handelt, das fast zu gut für einen aktiven Schulhof ist. Er hofft deshalb, dass um die Anlage kein Zaun errichtet werden muss, um andere Nutzer als die Zielgruppe (kleine Kinder, Grundschüler, Gymnasiasten) von der Nutzung abzuhalten. Seiner Ansicht nach handelt es sich hier um einen prädestinierten Platz für Jugendliche, die diesen auch nach dem Schulende gerne nutzen werden. Er fragt nach, ob die Einrichtungsgegenstände gegen Vandalismus gesichert sind.

Herr Hink stellt fest, dass an der Frankfurter Problemschule der Schulhof komplett eingezäunt werden muss, obwohl er lange dagegen gekämpft hat., In einer Einzäunung sieht er mehr Widerstand, weshalb auch hier randaliert werden kann. Leider ist es als Planer nicht möglich, alle Situationen zu berücksichtigen, die alle Nutzer mögen. In Neckarbischofsheim sieht er dennoch Vorteile, da der aktive Schulhof durch die Schulgebäude geschützt ist und nicht direkt an einer Straße liegt. Um das Gelände zu nutzen, müssen die Kinder und Jugendliche erst dort hinlaufen. In den Abendstunden kann er sich allerdings vorstellen, dass die großen Freitreppen zusätzlich von Jugendlichen genutzt werden. Nach seinem Gefühl, kann an der neuen Anlage allerdings nicht viel kaputt gemacht werden.

Bürgermeister Vogt stellt klar, dass wenn der aktive Schulhof eingezäunt werden müsste, er dann auf die Errichtung desselben lieber verzichtet. Seiner Ansicht nach kann an dem Konzept, wie es Herr Hink vorgestellt hat, nicht viel zerstört werden. Im Übrigen werden durch die Gestaltung des aktiven Schulhofes eher die Grundschüler angesprochen. Sollten dennoch am Nachmittag auch andere Jugendliche dort treffen, dann hat sich der Wunsch auf einen Aktivitätenschulhof erfüllt.

Herr Hink führt nochmals auf, dass wenn kein Klettergerüst oder eine Nestschaukel auf dem Gelände aufgebracht werden, es sich um rein erdgebundene Elemente handelt, die nicht viel Zerstörungspotential bieten. Nach seiner Auffassung wird dieser Platz auch Jugendliche anziehen, da er nicht kindergebunden ausgestattet wird.

Stadtrat Norbert Benz fragt nach, ob Herr Hink ein Bild vom derzeitigen Zustand des Platzes mit in die Sitzung gebracht hat. Dies wird von Herrn Hink verneint, wobei Bürgermeister Vogt erklärt, dass es sich um eine ebene Fläche handelt, nachdem der bisher dort vorhandene Teich mit Erde aufgefüllt wurde.

Stadtrat Peter Haffelder bittet um Auskunft, ob das vorgestellte Konzept bereits mit der Schulleitung abgesprochen wurde.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass absichtlich dem Gemeinderat das Konzept zuerst vorgestellt und um Stellungnahme gebeten wurde. Im weiteren Fortgang wird der Gestaltungsvorschlag der Schulleitung und den Elternvertretern vorgestellt und mit diesen diskutiert. Vielleicht ergibt sich dadurch, dass sich Eltern bereit erklären, bei der Gestaltung der Wege oder andere Punkte mitzuhelfen. Im Übrigen wird mit dem Architekten noch zusammengestellt, welche Bauabschnitte sofort, und welche später erfolgen können.

Herr Hink fügt hinzu, dass er bereits ein Gespräch mit der Schulleiterin vor Ort hatte, in der ihm bereits so genannte „no Go's“ mitgeteilt wurden. Seiner Ansicht nach, wird die Abstimmung über den Gestaltungsvorschlag sicherlich nicht problematisch werden.

Stadträtin Edith Bräumer fragt nach, ob die Planungskosten in der Kostenkalkulation beinhaltet sind. Dies wird ihr von Herrn Hink bestätigt.

Stadtrat Walter Freudenberger bittet um Auskunft, wer die künftigen Pflegekosten für den neu gestalteten Schulhof übernimmt.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass es sich hier vermehrt um Grünflächen handelt, die wie bisher auch schon, vom städtischen Bauhof gepflegt werden.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt dem Gestaltungsvorschlag zum Aktivitätengarten bei der Grundschule Neckarbischofsheim und zur weiteren Abstimmung mit der Schulleitung und den Elternvertretern durch den Architekten Michael Hink zu.

Abstimmung: 12 Ja 1 Enthaltung

Nach der Abstimmung stellt Bürgermeister Vogt auf Anfrage von Stadtrat Haffelder fest, dass die gesamte Maßnahme über einen Sponsor, der eine Finanzierung zwischen 20.000,00 € und 30.000,00 € für das Projekt in Aussicht gestellt hat, gesichert ist. Die Maßnahme belastet somit den städtischen Haushalt nicht.

06. Schulzentrum Neckarbischofsheim Adolf-Schmitthenner-Gymnasium hier: Zwischenbericht über die Nutzung der Mensa

Bürgermeister Vogt verweist auf die Vorlage zu diesem TOP und führt weiter aus, dass nach dem bisher guten Zuspruch auch die Stadt Neckarbischofsheim feststellen musste, dass es ihr wie allen anderen Mensen geht: Die Schüler bleiben aus. Dies insbesondere auch Schuljahresbedingt, da zum Ende des Schuljahres die Abiturienten nicht mehr da sind, und viele Klassenfahrten abgehalten werden. So gilt bei Klassenfahrten meist ein anderer Stundenplan, der einen Nachmittagsunterricht für die restlichen Schüler nicht vorsieht. Aus diesem Grund musste ein leichter Rückgang in der prozentualen Auslastung verzeichnet werden. Eine allgemeine Entwicklung, die bei vielen anderen Mensen anzutreffen ist, sind die häufigen Catererwechsel, meist schon nach einem halben Jahr. Neckarbischofsheim hat es hier geschafft, eineinhalb Jahre den gleichen Caterer zu haben. In Zusammenarbeit mit der Schule, den Eltern und den Schülern soll weiterhin verstärkt Werbung für die Mensa gemacht werden, wobei das bedarfsgerechte Essenangebot im Vordergrund stehen muss. Frau Anne Kerbe bietet an vielen Tagen zusätzlich ein selbst gekochtes Essen für diejenigen an, die mit den vorhandenen Portionsgrößen nicht immer satt werden. Weiterhin möchte Bürgermeister Vogt mehr Flexibilität im Schulkiosk zulassen, was das Warenangebot angeht, um die täglichen Schülerströme zum NETTO-Markt zu unterbinden, und die Schüler dadurch auf dem Schulgelände zu halten. Zur Zeit nutzen sieben bis acht Prozent der Schüler beim Nachmittagsunterricht die Schulmensa, was fast den Vorausberechnungen der Verwaltung entspricht. Sollten die bisher kalkulierten Sitzplätze an die Kapazitätsgrenze gelangen, muss die Mensa wieder im Zwei-Schicht-Betrieb geführt werden. Wie sich die Einrichtung des G9-Zugs künftig auswirken wird, kann von Seiten der Verwaltung nicht gesagt werden. Erst nach der stundenplanmäßigen Gestaltung des Unterrichts kann das Angebot der Mensa im G9 neu diskutiert werden.

Stadtrat Hans Peter Jelinek ist nicht ganz zufrieden damit, dass von 677 Schülern nur 40 regelmäßig die Mensa aufsuchen. Egal wie viel Prozent der Schüler hier zum Essen gehen, steht dies nicht im Verhältnis zur Investition, die die Stadt Neckarbischofsheim hier getätigt hat. Sollten keine weiteren Schüler das Angebot der Mensa nutzen müssen andere Wege gegangen werden, um eine größere Auslastung im Essenbetrieb zu erhalten. Beispielsweise könnte er sich vorstellen, dass auch Rentner das Tagesessen in der Mensa in Anspruch nehmen dürfen.

Bürgermeister Vogt verweist auf den Besuch einer Tagung beim Gemeindetag Baden-Württemberg, bei der auch die Kultusministerin zu Gast war. Diese hat über die künftige Schullandschaft referiert und mitgeteilt, dass die neue Landesregierung die Grundschulen als Ganztagschule auslegen möchte. Dann bestünde hier ein Bedarf an Mittagessen aus einer Ecke, die bisher nicht beleuchtet wurde. Unglücklich ist ebenfalls, dass es am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium keinen Kochunterricht gibt, in der sich die Schüler intensiver mit der Essenszubereitung beschäftigen und somit einen anderen Bezug zur Mensa hätten.

Stadtrat Georg Zwölfer stellt fest, dass seit dem 9. Mai 2011 die Mensa montags geschlossen hat. Er fragt nach, ob seit dem neuen Schuljahr dieser Tag wieder in den Mensabetrieb eingeplant ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass lediglich von Dienstag bis Donnerstag die Mensa geöffnet ist, jedoch der Montag erst wieder geöffnet wird, wenn die Schulleitung und die Mensabetreiberin signalisieren, dass eine Nachfrage an diesem Tag besteht. Dann kann auch flexibel auf die neue Öffnungszeit reagiert werden.

Stadtrat Peter Haffelder zeigt sich enttäuscht über die Nachfrage an der Schulmensa und stellt fest, dass wenn ein Privatmann eine solch große Investition, die wenig Nutzen bringt, gemacht hätte, dieser bereits die Mensa hätte schließen müssen.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass zum Start des neuen Schuljahres nun wieder die Werbetrommel bei den Eltern gerührt werden muss, damit weitere Schüler die Mensa nutzen.

Stadtrat Walter Freudenberger bittet um Auskunft, weshalb Freitags die Mensa nicht geöffnet ist. Bürgermeister Vogt teilt mit, dass an diesen Tagen kein Nachmittagsunterricht am Adolph-Schmittthener-Gymnasium ist.

Stadtrat Norbert Benz spricht sich dafür aus, über die Ganztagsbetreuung im Kindergarten ein Konzept zu entwickeln, um die Mensa im Schulzentrum auszulasten. Die vorgeschlagene Lösung, Senioren auch in der Schulmensa zu bewirten sieht er allerdings als Konkurrenz zu den örtlichen Gastronomiebetrieben.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass zur Zeit zu wenig Kinder im Kindergarten die Ganztagsbetreuung nutzen, er jedoch diesen Punkt aufgreifen wird, wenn es soweit ist. Eine Konkurrenzsituation zu den Neckarbischofsheimer Gaststätten sieht er ebenfalls nicht. Im Übrigen wird sich eine stärkere Frequentierung der Mensa nicht auf den Subventionsbetrag der Stadt Neckarbischofsheim auswirken, da die Mensabetreiberin nach Stundenaufwand bezahlt wird. Die geringe Nutzung im Juli wird sich auch in den künftigen Jahren nicht ändern.

Stadträtin Edith Bräumer spricht sich dafür aus, die Mensa dann im Juli ganz zu schließen, um Kosten einzusparen.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass diese Vorgehensweise mit der Schulleitung abgesprochen werden muss, wobei er sich durchaus vorstellen kann, dass das Essen in diesem Zeitraum dann über den Schulkiosk abgedeckt wird.

Stadtrat Hans Peter Jelinek ist der Meinung, dass die Schulmensa mehr Öffnungstage als Schließtage haben muss. Im Übrigen ist das Essen zwar nicht so billig für die Schüler, aber immerhin noch günstiger wie in der Gastronomie. Seiner Ansicht nach muss die Stadt Neckarbischofsheim beim Mensabetrieb nun den Blick nach vorwärts richten und keinen Schritt zurück machen.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass der Betrieb der Mensa am Schuljahresrhythmus hängt, was bei der Bewertung der vorliegenden Zahlen zu berücksichtigen ist. Die absoluten Zahlen sind ihm derzeit auch zu gering, weshalb wieder in die Gespräche eingestiegen werden muss, um mehr Schüler in die Mensa zu bringen. Im Übrigen wird es auch Neckarbischofsheim nicht schaffen, im Juli so viele Essen auszugeben wie zu Schuljahresbeginn im September oder in den Wintermonaten. Deshalb ist es durchaus legitim, das Angebot im Juli über den Schulkiosk abzuwickeln.

Stadtrat Norbert Benz schlägt vor, ein Rundschreiben an die Neckarbischofsheimer Gewerbebetriebe zu veranlassen, um Mittagessen über die Mensa anzubieten.

Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass dadurch dann der Subventionsbetrag je Essen geringer wird, sich die Kosten für die Essenausgabe aber nicht verringern, da die Mensabetreiberin ein bestimmtes Zeitkontingent hat, im dem sie entlohnt wird.

Stadtrat Walter Freudenberger moniert, dass bevor die Schulmensa gebaut wurde, man hätte diese Diskussion führen müssen, bevor so viel Geld für die Mensa ausgegeben wird.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Mensa zirka 700.000,00 € gekostet hat. Im Übrigen wäre die Stadt Neckarbischofsheim nicht umhin gekommen, eine Lösung für die Essenausgabe für die Schüler, die am ASG Nachmittagsunterricht haben, zu finden, egal in welcher Form. Nunmehr stellt sich der Stadt Neckarbischofsheim die Aufgabe, die Mensa im Schulzentrum zu etablieren, weshalb die Eltern und Kinder hier mit ins Boot genommen werden müssen. Er ist gerne bereit, sich hier auch extern beraten zu lassen.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob der Mensabereich von den Schülerinnen und Schülern auch zum Lernen genutzt wird.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass die Kinder eher die Aula oder den Foyerbereich zum Lernen nutzen. Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm fügt hinzu, dass er mit den Schülern bereits darüber gesprochen hat, worauf er zur Antwort bekam, dass diese in der Mensa nichts vom Schulgeschehen mitbekommen würden.

Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.

08. Kindergarten Neckarbischofsheim hier: Entwicklungsplanung

Bürgermeister Vogt führt aus, dass es sich bei dieser Thematik um einen komplizierten Sachverhalt handelt, der nicht einfach darzustellen ist. Im Kindergartenjahr 2012/2013 sind nach derzeitigem Stand so viele 3 bis 6-jährige Kinder in Neckarbischofsheim gemeldet, dass die Leitung des ev. Kindergarten Neckarbischofsheim mitgeteilt hat, diese im 4-gruppigen Kindergarten nicht unterbringen zu können.

Diese Aussage kann Bürgermeister Vogt so nicht stehen lassen, da 3-jährige Kinder einen gesetzlichen Anspruch auf einen Kindergartenplatz haben. Ab dem Jahre 2013 kommt zusätzlich der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für unter 3-jährige Kinder noch hinzu. Nach den vorliegenden Kinderzahlen wohnen in Neckarbischofsheim mehr Kinder, als dies in den letzten Jahr der Fall war. In Neckarbischofsheim sind dies 79 Kinder im Alter zwischen 3 und 6 Jahren, und 63 Kinder im Alter zwischen 0 und 3 Jahren. Im Stadtteil Helmhof wohnen zur Zeit 20 Kinder im Alter zwischen 3 und 7 Jahren und 17 Kinder im Alter zwischen 0 bis 3 Jahre. Der Stadtteil Untergimpfern weist derzeit Kinderzahlen von 15 Kindern zwischen 3 und 7 Jahre und 11 Kinder zwischen 0 bis 3 Jahre auf.

Bürgermeister Vogt stellt anhand der Zahlen fest, dass der Kommunale Kindergarten Helmhof bis auf weiteres gut ausgelastet sein wird. Beim Kindergarten am Krebsbach in Untergimpfern kann man momentan davon ausgehen, dass dieser mit 15 bis 20 Kinder weiterbetrieben werden kann. Zu hoffen bleibt dabei, dass Familien mit Kinder in die freistehenden Häuser in Untergimpfern einziehen.

Im Evangelischen Kindergarten in Neckarbischofsheim besteht das Problem, dass derzeit ein Bedarf für vier Kindergartengruppen und zwei Kleinkindgruppen besteht. Allerdings können durch das vielfältige Angebot (Kleinkindgruppe und altersgemischte Gruppe) keine weiteren Kinder aufgenommen werden. Bei einem Gespräch mit der zuständigen Sachbearbeiterin der Fachaufsicht, Frau Barniske, wurde der nachhaltige Bedarf an Kindergartenplätzen und das fehlende Platzangebot angesprochen. Der Aufsicht wurde signalisiert, dass im kommenden Jahr ein Engpass bei den Kindern zwischen 3 und 6 Jahren besteht, weshalb die Betriebserlaubnis ab Februar 2012 für eine Überbelegung erweitert werden soll. Allerdings kann die Überbelegung nur befristet erteilt werden, bspw. auf ein Jahr, wobei zwei bis drei Jahre sicherlich nicht genehmigt werden. Sollte der Kindergartenträger an einer Lösung des Problems arbeiten, wird sicherlich auch ein zweites Jahr für die Überbelegung genehmigt. Mit der Überbelegung muss aber auch nach der neuen Verordnung (Orientierungsplan) der Personalschlüssel um 0,9 Stellen erhöht werden.

Die Stadt Neckarbischofsheim hat nun zwei Möglichkeiten, um das Problem der Kindergartenunterbringung zu lösen. Entweder es erfolgt ein Anbau am vorhandenen Kindergarten, oder es werden neue Räumlichkeiten geschaffen, um weitere zwei Kindergartengruppen in Neckarbischofsheim unterzubringen, bspw. im Grundschulgebäude. Beide Lösungen ziehen aber Investitionskosten nach sich, wobei die notwendige Infrastruktur (kindgerechte Räumlichkeiten, Toiletten, Außenspielgelände) zu schaffen ist. Welche der beiden Vorschläge die wirtschaftlichste Lösung ist kann Bürgermeister Vogt zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen.

Er bittet den Gemeinderat heute darüber abzustimmen, wie mit der Kindergartenproblematik weiter vorgegangen wird. Zum einen soll die Überbelegung für den Evangelischen Kindergarten Neckarbischofsheim bei der Fachaufsichtsbehörde beantragt und der Personalschlüssel angepasst, und zum zweiten ein Architekt ohne weitergehenden Auftrag beauftragt werden, der in einer Voruntersuchung die beiden Alternativen gegenüberstellt, welche Konsequenzen die beiden Lösungsmöglichkeiten nach sich ziehen.

Im gleichen Zug sind allerdings auch die Unterbringungskapazitäten für die 0 bis 3-jährigen Kinder zu überprüfen, deren Gruppen mit 10 bis 12 Kindern wesentlich kleiner sind und deshalb auch weniger Platzbedarf benötigen. Was ebenfalls noch im Raum steht, und noch nicht geklärt ist sind die Ausgleichszahlungen, die das Land Baden-Württemberg zu leisten hat. Der Orientierungsplan ist in Teilen ein Fall der immer wieder angesprochenen Konnexität. Die Kultusministerin hat bereits bei der Gemeindetagsversammlung angekündigt, dass sie die Konnexität im Kindergartenbereich nicht zu 100 Prozent anerkennen wird, da das Land Baden-Württemberg sich dies nicht leisten kann. Die Ausgaben müssten dann nämlich von bisher 300 Mio. Euro auf 800 Mio. Euro erhöht werden.

Die Stadt Neckarbischofsheim benötigt laut Bürgermeister Vogt nun ein Konzept, um darauf reagieren zu können, wenn der Fall eintritt, dass sich die derzeitigen Kindergarten Zahlen bestätigen. Im Moment besteht noch mehr als ein Jahr Vorlaufzeit, bis der volle Anspruch greift. In den nächsten Wochen soll deshalb eine Kostenberechnung erfolgen, um mit dieser soliden Grundlage in die Diskussion einsteigen zu können.

Stadtrat Georg Zwölfer fragt nach, ob die Vorleistung bezuschusst wird. Im Übrigen findet er den Vorschlag gut, einen Architekten mit der Wirtschaftlichkeitsberechnung zu beauftragen. Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Vorleistungen immer aus der eigenen Tasche zu bezahlen sind. Die Architektenleistungen sind grundsätzlich bezuschussungsfähig und können mit der Endabrechnung eingereicht werden.

Stadtrat Hans Peter Jelinek findet es seltsam, wie das Thema Kinderbetreuung abläuft und stellt fest, dass jede Gemeinde hier plant und rudert. Er fragt nach, ob im Gemeindeverwaltungsverband Waibstadt schon einmal daran gedacht wurde, diese große Aufgabe gemeinsam anzugehen, um mehr Flexibilität in die Angelegenheit zu bringen und sich gegenseitig auszuhelfen. Schließlich, so Stadtrat Jelinek, sind die Entwicklung der Kinderzahlen in den Verbandsgemeinden nicht alle gleich, so dass in fünf bis sechs Kindergärten sicherlich eine gleichmäßige Auslastung erreicht werden könnte und man nur an einer Stelle dann eine Baumaßnahme durchzuführen hat. In der Verbandsversammlung wurde dieses Thema jedoch noch nicht behandelt.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass es zum Vorschlag von Stadtrat Jelinek noch keine Diskussion gegeben hat und er sich vorstellen kann, dass der GVV Waibstadt darauf nicht mit Enthusiasmus reagieren wird. Er verweist auf die jüngsten Erfahrungen bei der Zusammenarbeit (Zusammenschluss des Personalwesens) die doch recht ernüchternd waren. Die Stadt Neckarbischofsheim ist zur Zeit in der Situation, dass zu wenig Platzbedarf besteht, um die Kinder in Neckarbischofsheim unterzubringen. Die Stadt Waibstadt hingegen hat durch die Zurverfügungstellung von Räumlichkeiten an einen privaten Dritten ihr Problem im Griff. Auch die Gemeinde Neidenstein arbeitet mit einem privaten Dritten zusammen, um die Rahmenbedingungen zu erfüllen. So versucht jede Kommune, ihre eigene Lösung zu finden. Was bisher bei den weiterführenden Schulen gut klappt, kann aber nicht auf die Kindergärten übertragen werden, da die Eltern für ihre Kinder hier die örtliche Lösung bevorzugen. Er kann sich deshalb nicht vorstellen, dass eine Mutter ihr Kind in den Kindergarten nach Helmstadt-Bargen fährt, wenn sie danach zur Arbeitsstelle in Heilbronn muss. Bürgermeister Vogt hat kein Problem damit, eine Lösung mit Nachbargemeinden zu finden, allerdings muss diese intelligent sein und die Eltern das Angebot auch annehmen.

Stadtrat Hans Peter Jelinek spricht sich dafür aus, in diesem Bereich auch mal neue Wege anzustreben. Deshalb ist er dagegen, für viel Geld neue Räumlichkeiten zu schaffen. Nachdem das Land Baden-Württemberg die Konnexität nicht einhalten wird und es anderen Kommunen genauso ergeht wie Neckarbischofsheim, dass weitere Mittel für die Kinderbetreuung nicht vorhanden sind, muss den Eltern klar gemacht werden, ihr Kind auch in einem drei Kilometer entfernten Ort abzugeben.

Stadträtin Edith Bräumer verweist hierzu, dass bereits einige Neckarbischofsheimer Eltern ihre Kinder im Flinsbacher Kindergarten unterbringen.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass Neckarbischofsheim noch nie ein Angebot an Räumlichkeiten hatte, das zu groß für die Kommune war und man immer nach Bedarf die Räume erweitert hat. Das Problem der Kinder im Kindergarten in Flinsbach war, dass Neckarbischofsheim zu diesem Zeitpunkt nicht das gewünschte Angebot hatte, weshalb die Kinder nun im Nachbarort untergebracht sind. Hier schauen die Eltern ausschließlich auf das Geld, denn das reduzierte Angebot in Flinsbach kostet nun mal weniger als das verlängerte Angebot in Neckarbischofsheim. Im Übrigen können im Kindergarten am Krebsbach in Untergimpfern zweijährige Kinder aufgenommen werden, ohne dass der Kindergarten an seine Kapazitätsgrenze stößt. Über die Kindergärten in den Stadtteilen Helmhof und Untergimpfern muss des Weiteren nicht diskutiert werden, da Eltern aus Neckarbischofsheim diese sicherlich nicht dorthin fahren werden. Die zwei Gruppenräume werden nun mal in Neckarbischofsheim benötigt.

Bürgermeister Vogt ist gerne bereit, mit den Nachbarkommunen wegen der Thematik ins Gespräch zu kommen, wenn es um die Frage geht, wie man diese wirtschaftlich umsetzen kann. Er verweist darauf, dass die Verwaltung dem Gemeinderat schon bisher mitgeteilt hat, dass wenn der Rechtsanspruch auch für unter 3-jährige Kinder greift, der Platzbedarf nicht ausreichend ist. Nun ist der Fall schon ein Jahr früher eingetreten.

Stadtrat Erhard Rupprecht ist der Meinung, dass ein Anbau an den Evangelischen Kindergarten kostengünstiger sein wird als ein Umbau der Grundschule. Er fragt nach, ob für die Ausarbeitung der Kostenschätzung überhaupt ein Architekt benötigt wird, oder ob das der Technische Mitarbeiter der Stadt Neckarbischofsheim auch vornehmen kann.

Bürgermeister Vogt erwidert, dass auf jeden Fall zwei Gruppen benötigt werden und erteilt der Anfrage von Stadtrat Rupprecht eine Absage, da die Kostenschätzung nicht mit eigenen Kräften vorgenommen werden kann.

Stadtrat Norbert Benz bemerkt, dass bei weiteren Bauplatzverkäufen im Neubaugebiet „Eichertstal“ auch mehr Familien nach Neckarbischofsheim ziehen werden, weshalb die Förderung weiterer Kindergartenplätze notwendig ist.

Nachdem in der diesjährigen Klausurtagung auch die Einrichtung von Kindergartenplätzen in der Grundschule ein Thema war ist er dafür, den Gedanken von einer Loslösung der Evangelischen Kirchengemeinde aufzunehmen und dies vom Architekten durchrechnen zu lassen. Des Weiteren sollen in die Überlegungen auch die privaten Kindergärten (Villa Kunterbunt) mit einbezogen werden.

Stadträtin Karin Bender erinnert sich, dass dem Gemeinderat bereits eine Zeichnung eines neuen Kindergartens im Schulzentrum vorgelegt wurde und fragt nach, ob diese nicht weiterverfolgt werden kann.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass der Architekt Martin Oszter lediglich eine Ansicht für einen Kindergarten erstellt hat. Auch ihm fällt es schwer, Geld für ein Ei, das der Stadt Neckarbischofsheim vom Land Baden-Württemberg wieder einmal ins Nest gelegt wurde, auszugeben.

Stadtrat Norbert Benz greift den Vorschlag von Stadtrat Jelinek noch mal auf, die umliegenden Gemeinden bei der Schaffung von Betreuungsplätzen mit ins Boot zu nehmen.

Stadtrat Erhard Rupprecht verweist darauf, dass der Bauplatz neben dem Kindergarten extra für einen Anbau getauscht wurde und zeigt sich verwundert, dass nun doch ein Neu- bzw. Umbau der Schule erfolgen soll.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass der Kindergartenbetrieb unter einem Dach sicherlich günstiger erfolgen kann, als dies in zwei Gebäuden zu tun.

Bürgermeister Vogt schlägt vor, wenn die Überbelegung im Februar/März 2012 greift, den entsprechenden Antrag auf Betriebserweiterung an die KVJS zu stellen und eine Erhöhung des Personalschlüssels vorzunehmen. Diese Erhöhung fällt im viergruppigen Kindergarten in Neckarbischofsheim voraussichtlich nicht so hoch aus, da die Leiterin bisher in Teilbereichen freigestellt ist. Die Freistellung beinhaltet bspw. die Krankheits- und Urlaubsvertretung. Nach den Richtlinien des Orientierungsplans wäre eine Erhöhung von 0,3 Stellen je Gruppe erforderlich. Die Stadt Neckarbischofsheim geht bisher von einer Erhöhung von insgesamt 0,9 Stellen im Evangelischen Kindergarten aus.

Bürgermeister Vogt bittet den Gemeinderat den Auftrag an die Verwaltung zu erteilen, in die Voruntersuchung einzutreten und gleichzeitig die Gespräche mit den Nachbargemeinden aufzunehmen.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, ob überhaupt die Erhöhung des Personalschlüssels notwendig ist und verweist auf einen Artikel in der Rhein-Neckar-Zeitung, in welchem sich die Gemeinde Epfenbach darüber äußert, dass hier nur Gruppen betroffen sind, bei denen sich die Betriebsgenehmigung verändert hat.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass die Erhöhung des Personalschlüssels durch den Orientierungsplan in drei Schritten (je Jahr um 0,1 Stellen) verbindlich ist und dies mit der Betriebsgenehmigung nichts zu tun hat. Im Übrigen ist es zur Zeit sehr schwierig, Erzieherinnen zu finden, da der Markt zur Zeit sehr stark „abgegrast“ ist. Für die Personalerhöhungen soll es vom Land Baden-Württemberg auch erhöhte Zuweisungen geben.

Stadtrat Walter Freudenberger ist der Meinung, sich jetzt mit einem Anbau an den Evangelischen Kindergarten nicht die Chance zu verbauen, den Kindergarten in Neckarbischofsheim komplett in städtische Hand zu bekommen.

Bürgermeister Vogt erwidert hierauf, dass er keinen neuen Kriegsschauplatz eröffnen möchte, was die Unterbringung der Kindergartenkinder betrifft.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt zu, beim Thema Schaffung von Kindergartenplätzen wie folgt vorzugehen. Für den Evangelischen Kindergarten Neckarbischofsheim wird Anfang 2012 die Überbelegung beim KVJS beantragt und zusätzlich der Personalschlüssel erhöht. In einem weiteren Schritt wird ein Architekt, der auf Kindergärten spezialisiert ist beauftragt, eine wirtschaftliche Lösung für einen Anbau an den bestehenden Kindergarten sowie einen Umbau der Grundschule für zwei Kindergartengruppen zu arbeiten. Parallel hierzu wird die Verwaltung beauftragt, mit den Nachbarkommunen wegen einer Zusammenarbeit in der Kinderbetreuung zu reden und eine gemeinsame Lösung anzustreben.

Abstimmung: 11 Ja 2 Enthaltungen

09. Erneuerung der Kirchturmuhre im Stadtteil Untergimpem

Bürgermeister Vogt bezieht sich auf die Vorlage zu diesem TOP und schlägt vor, eine Gleichbehandlung zwischen der Evangelischen Kirchengemeinde Neckarbischofsheim und der Katholischen Kirchengemeinde Untergimpem vorzunehmen, was den Zuschuss für die Kirchturmuhre betrifft. Dass mit dieser Vorgehensweise nicht alle Untergimpemer glücklich sind ist ihm bewusst. Sollte die Katholische Kirchengemeinde Untergimpem keine neue Uhr mehr anschaffen könnte es sein, dass bald nur nach das Ziffernblatt den Turm zierte, wobei dann keine aktuelle Zeit angezeigt wird.

Stadtrat Peter Haffelder spricht sich gegen das „rauskaufen“ aus dem gültigen Vertrag aus und ist gegen die Vorgehensweise zur pauschalen Zuschussgewährung.

Bürger- und Bauamtsleiter Jürgen Böhm stellt fest, dass der vorliegende Vertrag der ehemals selbständigen Gemeinde Untergimpem das Recht einräumte, im Turm der Katholischen Kirche eine Uhr zu installieren. Die Stadt Neckarbischofsheim sieht nunmehr keine Notwendigkeit, eine neue Uhr dort anzubringen.

Stadtrat Haffelder fragt nach, ob bereits ein Gespräch mit den Vertretern der Katholischen Kirchengemeinde erfolgt ist und wie diese sich die derzeitige Situation vorstellen.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass er bereits mit Pfarrer Malejka Kontakt aufgenommen und ihm mitgeteilt hat, dass die Stadt Neckarbischofsheim nicht mehr bereit ist, Geld für die Unterhaltung der Kirchturmuhre aufzuwenden. Wichtig war es dem Pfarrer klarzumachen, dass er hier eine Gleichbehandlung mit der Evangelischen Kirchengemeinde anstrebt, die damals den Zuschuss angenommen und eine neue Uhr in den Kirchturm eingebaut hat. Diese Maßnahme verlief damals völlig unspektakulär.

Stadtrat Thomas Mayer fragt nach, ob der Wunsch in Untergimpem besteht, dass die Kirchturmuhre wieder Instand gesetzt wird. Ihm geht es auch darum, wer künftig die Kosten für den laufenden Betrieb übernimmt.

Bürgermeister Vogt teilt mit, dass er lediglich mit Pfarrer Malejka und dem Pfarrgemeinderatsvorsitzenden Jochen Münch gesprochen hat, jedoch die Meinung der restlichen Untergimpemer nicht kennt. Beiden Gesprächspartnern wurde mitgeteilt, dass beide Kirchengemeinden gleich behandelt werden sollen.

Bürgermeister Vogt erteilt dem Pfarrgemeinderatsvorsitzenden Jochen Münch das Wort, der eine lange Laudatio auf die Kirchturmuhre in Untergimpem hält, wie wichtig diese für die Bürgerinnen und Bürger ist, da man sie im ganzen Ort hört. Für die Beibehaltung der Kirchturmuhre ist unter anderem angedacht, eine Spendenaktion durchzuführen, wobei das Geld dann in eine Stiftung einfließen soll, um den Unterhalt der Uhr gewährleisten zu können.

Bürgermeister Vogt ist gerne bereit, den im Raum stehenden Zuschussbetrag in Höhe von 2.000,00 € in eine Stiftung einzubringen, sofern Untergimpem die Kirchturmuhre weiterhin möchte. Er ist allerdings nicht bereit, weiterhin Mittel im städtischen Haushalt bereitstellen zu müssen, um die Wartungskosten zu bezahlen. Sollte die Katholische Kirchengemeinde Untergimpem die Uhr nicht mehr wollen, dann hätte die Stadt Neckarbischofsheim den Zuschuss eingespart.

Stadtrat Thomas Mayer richtet die Frage an Jochen Münch, ob es ein Budget für die Kirchturmuhre bei der Katholischen Kirchengemeinde Untergimpem gibt.

Herr Münch führt aus, dass ein Budget vor allem wegen der Stromkosten vorhanden ist.

Bürgermeister Vogt bittet den Gemeinderat darum, Handlungsvollmacht über den Zuschussbetrag in Höhe von 2.000,00 € zu erhalten, egal ob nun eine neue Uhr durch die Kirche angeschafft oder eine Stiftung hierfür eingerichtet wird.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim erteilt dem Bürgermeister die Handlungsvollmacht, über den Zuschuss in Höhe von 2.000,00 € für die Anschaffung einer neuen Kirchturmuhre in der Katholischen Kirche in Untergimpem zu verfügen. Das Geld darf entweder für die Anschaffung einer neuen Uhr, oder als Einlage in eine Stiftung für die Kirchturmuhre verwendet werden.

Abstimmung: 13 Ja

10. Telefonanlage im Rathaus

hier: Zustimmung zur Neuanschaffung zum 01.01.2012

Bürgermeister Vogt nimmt Bezug auf die Vorlage zu diesem TOP und stellt fest, dass die Stadt Neckarbischofsheim nach den vorliegenden Angeboten eine leistungsfähigere Telefonanlage erhält, deren Kosten deutlich günstiger ist, als die bisherige Telefonanlage. Bis zum Schluss mussten von der Verwaltung noch technische Details abgeklärt werden, wobei eigentlich ein Ingenieur hätte an die Ausschreibung der Anlage gesetzt werden müssen.

Das wirtschaftlichste Angebot hat die Fa. Klaus Heuler, Kommunikationstechnik, aus Nordheim mit einem Gesamtpreis von 6.831,79 € (brutto) zzgl. der Wartungskosten für fünf Jahre in Höhe von 2.880,00 € abgegeben. Derzeit zahlt die Stadt Neckarbischofsheim an Miete für die Telefonanlage im Fünf-Jahreszeitraum einen Betrag von 15.198,00 €. Die neue Telefonanlage ist auf digitale Technik ausgelegt und kann auch weiterhin benutzt werden, sofern das ISDN abgeschafft wird. Einziger Luxus in der neuen Telefonanlage ist ein Faxserver, damit alle Beschäftigten auf ihren Personalcomputern Telefaxe empfangen können. Zusätzlich wird ein Türsprechstellenmodul angeschafft, um vom Telefon aus die Türöffnungsfunktion betätigen zu können. Bei der neuen Anlage handelt es sich um Gerätschaften, deren Umfang die bisherige Anlage bereits hatte.

Stadtrat Georg Zwölfer bittet um Auskunft was passiert wäre, wenn die Stadt Neckarbischofsheim die bisherige Telefonanlage nicht gekündigt hätte.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass sich der bisherige Vertrag mit der Fa. DeTeWe zu den bisherigen Konditionen und mit den alten Telefonapparaten auf ein Jahr verlängert hätte.

Stadträtin Karin Bender fragt nach, weshalb nun 19 Telefone für 100,00 €, anstatt für 59,00 € angeschafft werden.

Zentralstellenleiter Harry Hack teilt mit, dass es sich bei den günstigeren Telefon um so genannte „Konferenztelefone“ gehandelt hat, die eine Verschlechterung der bisherigen Telefonie für die Beschäftigten erbracht hätte, weshalb der Anbieter der Telefonanlage die nächst bessere Version zum Ankauf vorgeschlagen hat.

Stadtrat Walter Freudenberger ist der Meinung, auf Grund der hohen Kosten die Anschaffung der neuen Telefonanlage um ein Jahr zu verschieben.

Die Mitglieder des Gemeinderats stimmen unisono ein, dass die Neuanschaffung für die Stadt Neckarbischofsheim deutlich billiger wird als die bisherige Anlage.

Beschluss:

Der Gemeinderat der Stadt Neckarbischofsheim stimmt der Neuanschaffung einer Telefonanlage im Rathaus zum 1. Januar 2012 zu. Die Anlage wird bei der Fa. Heuler, Kommunikationstechnik, Nordheim, zum Angebotspreis in Höhe von 6.831,79 € (brutto) angekauft. Zusätzlich wird der Wartungsvertrag über fünf Jahre (48,00 €/monatlich) abgeschlossen.

Abstimmung: 12 Ja 1 Nein

11. Bekanntgaben

Straßensanierung Landesstraße L 549

Die Straßensanierungsarbeiten an der Landesstraße L 549 zwischen Obergimpfern und dem Ortseingang Helmhof werden im Oktober 2011 durchgeführt. Für das Auswechseln einiger Bordsteine im Stadtteil Untergimpfern wird die Stadt Neckarbischofsheim zur Kostenübernahme herangezogen. Es werden lediglich die Bordsteine ausgetauscht, die stark beschädigt sind. Weitere Sanierungsmaßnahmen an den Gehwegen sind aus Kostengründen derzeit nicht möglich.

Überörtliche Prüfung der Stadt Neckarbischofsheim

Das Kommunalrechtsamt beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis führt eine überörtliche Prüfung der Jahre 2007 bis 2010 vom 18. bis 28. Oktober 2011 im Rathaus in Neckarbischofsheim durch.

Baufachtechnische Prüfung abgeschlossen

Das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis hat mit Schreiben vom 4. August 2011 der Stadt Neckarbischofsheim mitgeteilt, dass die baufachtechnische Prüfung der Jahre 2005 bis 2008 abgeschlossen wurde.

Haushaltsplan 2012

Die Verwaltung wird in den nächsten Wochen die Eckpunkte für das Haushaltsjahr 2012 zusammentragen und mit der Haushaltsstrukturkommission beraten, bevor der Planentwurf in den Gemeinderat eingebracht wird. Unter anderem hat sich die Kommission mit den Auflagen des Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis zum Thema der Brandverhütung in der Grundschule (ehemaliges Hauptschulgebäude) zu beschäftigen. Am Montag, 17. Oktober 2011 findet zudem ein Termin mit einem Brandschutzsachverständigen statt, von dem die Stadt Neckarbischofsheim einige Tipps zum Brandschutz erhofft.

Spenden vom Gewinnsparverein der Volksbank Neckartal eG

Die Stadt Neckarbischofsheim und der Stadtteil Untergimpeln haben über den Gewinnsparverein der Volksbank Neckartal eG jeweils eine Spende in Höhe von 1.500,00 € erhalten, um Spielgeräte für die Spielplätze anzuschaffen.

Interimsschulleiter am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium

Der bisherige stellvertretende Schulleiter am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium, Harald Frommknecht, wurde vom Oberschulamt zum Interimsschulleiter bestellt, nachdem der bisherige Schulleiter Wolfgang Schmidt zum 1. September 2011 aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen in Pension gegangen ist. Die Interimszeit wird laut Oberschulamt noch bis zum nächsten Jahr andauern. Bei einem Telefongespräch mit dem zuständigen Sachbearbeiter beim Regierungspräsidium Karlsruhe wurde Bürgermeister Vogt mitgeteilt, dass die Ausschreibung auf die Schulleiterstelle bereits erfolgt ist, das Prozedere der Bewerberauswahl aber noch einige Zeit andauern wird. Wenn sich das Regierungspräsidium eine Meinung über einen geeigneten Kandidaten gebildet hat, wird auch die Stadt Neckarbischofsheim in den Prozess mit eingebunden. Bürgermeister Vogt geht davon aus, dass zum Schuljahr 2012/2013 ein neuer Schulleiter am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium eingesetzt wird.

Schulentwicklung in Baden-Württemberg

Bürgermeister Vogt berichtet vom Besuch einer Tagung zur Schulentwicklung in Baden-Württemberg. Dieses Thema ist sehr spannend, gerade im Hinblick auf die Gemeinschaftsschulen, die eingerichtet werden sollen, wobei sich dann die Werkrealschulen und Realschulen neu ausrichten müssen. Außerdem ist geplant, dass die Grundschulen zu verpflichtenden Ganztageschulen ausgebaut werden. Den Schülerinnen und Schülern an den Gymnasien soll wieder die Möglichkeit bekommen, das Abitur in neun Jahren „zu bauen“. Allerdings will die Landesregierung nicht zum alten G9 zurückkehren, sondern das G8 um ein Jahr verlängern. Wie groß der Bedarf an dieser Schulform ist muss abgewartet werden.

Rathausbrunnen in Neckarbischofsheim

Der Brunnen vor dem ehemaligen Rathaus in Neckarbischofsheim wurde am vergangenen Samstag in ehrenamtlicher Tätigkeit von der bisherigen Bepflanzung befreit und neu bepflanzt. Frau Beate Rupprecht und deren Tochter Bettina haben zuvor Spenden für die Bepflanzungsaktion eingesammelt und am Samstagvor- und Nachmittag tatkräftig an der Neugestaltung des Brunnens mitgewirkt. Das Blumenhaus Dries hat ebenfalls ehrenamtliches Engagement gezeigt und die Pflanzen gestiftet. Die Fa. Benz Baustoffe hat den notwendigen Rindenmulch kostenlos zur Verfügung gestellt. Nach der konzertierten Aktion sind nun die „Mistblumen“, wie sie im Sprachgebrauch genannt wurden, am städtischen Brunnen als erledigt anzusehen.

Einführung von Pfarrer Joachim Maier

Die Seelsorgeeinheit Waibstadt lädt die Mitglieder des Gemeinderats der Stadt Neckarbischofsheim zur Einführung von Pfarrer Joachim Maier als Pfarrer der Katholischen Kirchengemeinde Neckarbischofsheim am Sonntag, 30. Oktober 2011 um 16.00 Uhr in die Katholische Kirche „Maria Königin“ in Neckarbischofsheim recht herzlich ein. Mit der Einführung des neuen Pfarrers wird der Übergang der Kirchengemeinde in die Seelsorgeeinheit auch in Neckarbischofsheim vollzogen.

Abstimmung „Stuttgart 21“

Die Mitglieder des Gemeinderats werden gebeten, sich für die Volksabstimmung zum Thema „Stuttgart 21“ am Sonntag, 27. November 2011 bereit zu halten.

Verbandsversammlung Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach

Die nächste Verbandsversammlung des Zweckverband Wasserversorgungsgruppe Mühlbach findet am Montag, 19. Dezember 2011 statt. Die Vertreter der Stadt Neckarbischofsheim werden gebeten, sich diesen Termin vorzumerken.

Urlaub des Bürgermeisters

Bürgermeister Hans-Joachim Vogt befindet sich vom 28. September bis einschließlich 8. Oktober 2011 in Urlaub. Die Vertretung in dieser Zeit hat Bürgermeister-Stellvertreterin Karin Bender inne.

Bekanntgaben von Beschlüssen aus der Sitzung des Ausschusses für Technik, Natur und Umwelt

In der Sitzung des Ausschuss für Technik, Natur und Umwelt vom 9. August 2011 wurden folgende Beschlüsse durch den Ausschuss gefasst:

1. Dem Antrag auf Neubau, Ergänzung und Veränderung diverser Nebengebäude und Bauteile sowie Schaffung von neuen Stellplätzen auf dem Grundstück, Flst.Nr. 10851, Schillerstr. 18, Neckarbischofsheim wird für die Nebenanlagen bis zu 50 Prozent = 45 m² zugelassen.
2. Dem Antrag zur Errichtung einer Stützmauer entlang der Grundstücksgrenze aus Naturstein auf dem Grundstück, Flst.Nr. 14197, Schmitthenner-Str. 8, Neckarbischofsheim wird zugestimmt und damit die Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes erteilt.
3. Dem Antrag auf Errichtung einer Stützmauer aus Natursteinen und Auffüllung des vorhandenen Geländes auf dem Grundstück, Flst.Nr. 11047/5, Hölderlinstr. 20e, Neckarbischofsheim wird zugestimmt.
4. Der Bauvoranfrage zur Verbreiterung der Einfahrt, der Erstellung einer Abstellfläche und Veränderung der Grünfläche bei der Einfahrt auf den Grundstücken, Flst.Nrn. 245 und 512, Landstr. 2, Neckarbischofsheim-Untergimpfern wird zugestimmt.
5. Dem Antrag auf Neubau eines Wohnhauses mit Fertiggarage auf dem Grundstück, Flst.Nr. 187/1, Hauptstr. 68, Neckarbischofsheim sowie dem Antrag auf Abweichung von der Baulinie und der vorgeschriebenen Firstrichtung wird zugestimmt.

12. Anfragen des Gemeinderats

Stadtrat Walter Freudenberger fragt nach, weshalb der bisherige Schulleiter des Adolf-Schmitthenner-Gymnasium, Herr Wolfgang Schmidt, nicht offiziell verabschiedet wird.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass Herr Schmidt zum 1. September 2011 aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen in Pension gegangen ist. Von Seiten des Adolf-Schmitthenner-Gymnasium wurde bisher noch keine Verabschiedung terminiert.

Stadtrat Erhard Rupprecht fragt nach, weshalb der Mülleimer zur Entsorgung des Hundekots entlang des Rosenbaches im Gewann „Schwarzer Tiergarten“ noch nicht aufgestellt wurde.

Bürgermeister Vogt sichert eine Überprüfung zu.

Stadtrat Erhardt Rupprecht bittet um Auskunft, wie es mit der sanierungsbedürftigen Stelle am Krebsbach weitergeht, da der Weg entlang des Anwesens der Bäckerei Ernst noch immer gesperrt ist.

Bürgermeister Vogt führt aus, dass sich die Stadt Neckarbischofsheim derzeit noch im Abstimmungsverfahren mit dem Wasserrechtsamt beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis befindet. Hier wird geprüft, wie umfangreich die Sanierungsmaßnahme wird. Im Übrigen hat die Stadt Neckarbischofsheim derzeit keine finanziellen Mittel, um die Sanierung dieser Maßnahme zu bezahlen.

Stadtrat Erhard Rupprecht stellt fest, dass der Krebsbach bei der Brücke an der Hauptstraße stark zugewachsen ist. Er bittet den städtischen Bauhof, diesen Bereich zurückzuschneiden.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass der Bewuchs vorerst so bleiben wird, jedoch ein Rückschnitt erfolgt, wenn der Bewuchs zu heftig wird.

Stadtrat Thomas Mayer führt aus, dass die Stadt Neckarbischofsheim vor 14 Tagen eine Delegation aus der französischen Partnerstadt La Chapelle-Saint-Luc zum 40-jährigen Partnerschaftsjubiläum zu Gast hatte. Die französischen Gäste waren mit dem Programm und der Betreuung durch die Gemeinde sehr zufrieden. Sein Dank gilt der Verwaltung, insbesondere der Bürgermeistersekretärin Ingrid Kiermeier, die das Jubiläumswochenende sehr gut vorbereitet und ausgestaltet hat.

Bürgermeister Vogt wird das Lob und den Dank an seine Sekretärin weitergeben.

13. Fünfzehn Minuten Fragen und Antworten

Frau Birgit Blawert, Elternbeiratsvorsitzende am Adolf-Schmitthenner-Gymnasium, versichert dem Gemeinderat, dass der Elternbeirat am ASG alles tun wird, um die Frequentierung der Mensa im Schulzentrum zu verstärken. Der Elternbeirat hat damals sehr darum gekämpft, dass eine Mensa in der Schule eingerichtet wird. Aus diesem Grund sollen die Eltern weiter sensibilisiert werden, ihre Kinder in die Mensa zu schicken. Im nächsten Elternbrief soll deshalb gezielt auf die Thematik eingegangen werden. Für den Elternbeirat ist es im Übrigen auch sehr enttäuschend, dass die Schüler die Mensa nicht annehmen.

Frau Birgit Blawert fragt nach, wie das Prozedere weitergeht, nachdem der Antrag der Stadt Neckarbischofsheim zur Feststellung des öffentlichen Bedürfnisses und der überörtlichen Bedeutung des Adolf-Schmitthenner-Gymnasiums beim Kultusministerium Baden-Württemberg gestellt hat.

Bürgermeister Vogt stellt fest, dass nach dem Schulgesetz der Antrag notwendig ist, damit ein Schulzweckverband zwangsweise gegründet werden kann. Seit dem Jahre 1978 hat das Land Baden-Württemberg keinen Zwangszweckverband mehr veranlasst. Damals wurden lediglich drei Kommunen zu diesem Zweckverband zusammengeschlossen. Beim Gespräch mit der Kultusministerin wurde der Stadt Neckarbischofsheim signalisiert, dass auch in andere Richtungen angedacht wird, einen Zweckverband zu gründen, bspw. zusammen mit dem Rhein-Neckar-Kreis. Die Angelegenheit wird auf jeden Fall noch sehr spannend für alle Beteiligten.

Herr Jochen Münch, Vorsitzender des Pfarrgemeinderats der Katholischen Kirchengemeinde Untergimpfern, bittet die Mitglieder des Gemeinderats nochmals darüber nachzudenken, dass die Kirchturmuhre in der Katholischen Kirche für alle Untergimpferner läuten soll. Mit der eventuell einzurichtenden Stiftung könnte symbolisiert werden, dass dies weiterhin „die Gemeindegemeinschaft“ ist.

Vorsitzender:

Schriftführer:

Urkundspersonen: